



Prof. Dr. Michael Weber

studierte Volkswirtschaftslehre in Erfurt, Berlin und Oslo und wurde anschließend an der Technischen Universität Dresden promoviert. Von 2011 bis 2019 forschte er an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts überwiegend zu den Themen Arbeitsmarkt, Konjunktur und Wachstum mit besonderem Fokus auf Ostdeutschland und Sachsen. Anschließend wechselte er als Referent in das Sächsische Staatsministerium der Finanzen. Seit 2021 ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Berufsakademie Sachsen, Standort Dresden. Forschungsinteressen: Demographie, Erwerbs- und Betriebsbiographien, regionale Disparitäten, Arbeitsmarktinstitutionen.

Kontakt: michael.weber@ba-sachsen.de

Kommunal geführte Jobcenter vermitteln weniger Arbeitslose in Beschäftigung

Michael Weber

Die Jobcenter sind dafür zuständig, Arbeitsuchende aus der Grundsicherung in Beschäftigung bzw. arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu vermitteln. In etwa drei Viertel aller Jobcenter übernimmt die lokale Agentur für Arbeit diese Aufgabe, im restlichen Viertel die Kommunalverwaltung. Die Kommunalisierung der Arbeitsvermittlung in 41 Jobcentern im Jahr 2012 zeigt, dass kommunale Jobcenter bei ansonsten gleichen Rahmenbedingungen weniger Arbeitslose in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt und dafür mehr Arbeitslose in Beschäftigung schaffende Maßnahmen (Ein-Euro-Jobs) vermitteln.

Motivation

Arbeitslosigkeit verursacht in Deutschland jährlich fiskalische Kosten von über 50 Mrd. Euro oder knapp 1,5% des BIP (Weber et al., 2020). Im Corona-Jahr 2020 waren es sogar von 62,8 Mrd. Euro oder 1,88% des BIP (Weber et al., 2021). Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzen Deutschland und viele andere Länder auf eine öffentliche Arbeitsvermittlung, welche die Arbeitsuchenden über ausgeschriebene Stellen informiert, ihnen bei Bedarf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zuweist und zugleich die aktive Jobsuche sowie Maßnahmeteilnahme der Arbeitslosen sicherstellt (Prinzip des „Förderns und Forderns“). In der ökonomischen Forschung hat sich dieses Instrument als sehr wirksam erwiesen, um die individuelle Verweildauer in Arbeitslosigkeit und damit die Arbeitslosenquote insgesamt zu senken (vgl. z. B. Card et al. 2010).

Job centers are responsible for placing unemployed recipients of basic security benefits (formerly “Hartz IV”, now “Bürgergeld”) in employment or in active labor market programs that promote their employability. In approximately three quarters of all job centers, this task is handled by the local employment agency, in the remaining quarter by the local administration. The communalization of placement services in 41 job centers in 2012 shows that municipal job centers place fewer unemployed individuals in employment in the regular labor market and instead refer more unemployed individuals to employment creation schemes (“one-euro jobs”).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die öffentliche Arbeitsvermittlung besonders vermittlungseffizient organisiert werden kann. Auf der Mikroebene tragen etwa eine geringere Fallzahl je Bearbeiter:In (Koning, 2009; Hainmueller et al., 2016) sowie die Zugehörigkeit von Bearbeiter:In und Arbeitsuchenden zur gleichen sozialen Gruppe (Behncke et al., 2010) zu einer schnelleren Vermittlung bei.

Dieser Beitrag fokussiert hingegen auf die Makroebene, d. h. die Organisation der Arbeitsvermittlung insgesamt. Hier kommen grundsätzlich zwei Systeme in Betracht: entweder eine zentralisierte Arbeitsvermittlung, bei der die Bundesagentur für Arbeit die Arbeitsvermittlung der lokalen Jobcenter über Fachaufsicht und Zielvereinbarungen aussteuert, oder eine dezentralisierte Arbeitsvermittlung,

bei der die Arbeitsvermittlung von den Kommunen weitgehend unabhängig ausgeführt wird. Basierend auf den detaillierten empirischen Ergebnissen von Mergele und Weber (2020) zeigt dieser Beitrag, dass unter ansonsten gleichen Umständen Jobcenter mit dezentralisierter (kommunalisierter) Arbeitsvermittlung pro Monat weniger Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln als Jobcenter der zentralisierten Arbeitsvermittlung. Gleichzeitig weisen die kommunal geführten Jobcenter signifikant mehr Arbeitslose in Ein-Euro-Jobs zu. Die Ergebnisse deuten möglicherweise auf institutionelle Fehlanreize im deutschen System der Arbeitsvermittlung hin.

Der Beitrag fasst zunächst die wesentlichen Erkenntnisse der ökonomischen Forschung zum Für und Wider einer dezentralisierten Arbeitsvermittlung zusammen. Anschließend erläutert er das System der Arbeitsvermittlung in Deutschland und stellt darauf aufbauend den empirischen Forschungsansatz vor. Abschließend werden die Ergebnisse vorgestellt und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen abgeleitet.

Stand der Forschung

Nach dem Dezentralisierungstheorem von Oates (1972) werden lokale Entscheider üblicherweise besser über die Gegebenheiten des lokalen Arbeitsmarktes informiert sein als nationale Behörden in weit entfernten (Haupt-)Städten, sodass eine dezentralisierte Arbeitsvermittlung grundsätzlich effizienter arbeiten dürfte. Entsprechende Dezentralisierungsvorteile wurden zum Beispiel von Faguet (2004) für Bolivien nachgewiesen.

Gleichwohl gibt es empirische Gegenbeispiele, dass der Informationsvorteil durch Fehlanreize ungenutzt bleiben kann: Erstens könnten die Kommunen zur Maximierung ihrer Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen vornehmlich nach Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Landkreis suchen (vgl. Lundin und Skedinger, 2006). Zweitens könnten sie ihre Arbeitsvermittlung so ausgestalten, dass typischerweise kommunale Ausgaben auf die Landes- oder Bundesebene abgewälzt werden (vgl. Weingast et al., 1981; Besley and Coate, 2003). Und drittens könnten die für die kommunale Arbeitsvermittlung verantwortlichen Lokalpolitiker geneigt sein, aus wahltaktischen Gründen das Fehlverhalten von Arbeitslosen (z. B. Meldeversäumnisse, Nicht-Wahrnehmung von Terminen) weniger stark zu sanktionieren als nationale Behörden, deren Amtsleiter:Innen nicht gewählt werden (vgl. Brollo et al. 2020). All dies würde die Vermittlungswahrscheinlichkeit kommunaler Arbeitsvermittler gegenüber einer zentralisierten Arbeitsvermittlung senken. Auch die gesetzliche Evaluationsforschung der Jahre 2005 bis 2008 zu den Jobcentern in Deutschland hat keinen eindeutigen Vermittlungsvorteil zugunsten der kommunalisierten Arbeitsvermittlung identifizieren können (vgl. z.B. ZEW, IAQ und TNS Emnid 2008; Boockmann et al. 2015).

Institutioneller Hintergrund

Dieser Beitrag betrachtet ebenfalls die Jobcenter in Deutschland. Die Jobcenter sind für die Vermittlung der Arbeitsuchenden in der Grundsicherung (Bezieher von „Bürgergeld“, ehemals „Hartz IV“) zuständig.

Sie bündeln Arbeitsvermittlung, Sozialberatung und Leistungsgewährung in einer Institution. In der Regel ist ein Jobcenter für alle Empfänger:Innen von Grundsicherung in einem Landkreis zuständig.

Etwa drei Viertel der Jobcenter sind heute als „gemeinsame Einrichtungen“ aus lokaler Arbeitsagentur und Kommunalverwaltung organisiert. Dabei fokussiert die Arbeitsagentur üblicherweise auf die Arbeitsvermittlung und die Kommunalverwaltung auf die Sozialberatung. Da die lokalen Arbeitsagenturen über Zielvereinbarungen, Anweisungen und Fachaufsicht von der Bundesagentur für Arbeit angesteuert werden, kann hier von einer zentralisierten Arbeitsvermittlung gesprochen werden. Das restliche Viertel der Jobcenter ist demgegenüber als „zugelassene kommunale Träger“ organisiert. Hier übernimmt die Kommunalverwaltung auch die Aufgabe der Arbeitsvermittlung, die somit dezentral ausgeübt wird. Im Jahr 2005 waren zunächst 67 Jobcenter dezentral organisiert, im Jahr 2012 wechselten 41 weitere Jobcenter aus der zentralisierten in die dezentralisierte Arbeitsvermittlung. Dem Wechsel im Jahr 2012 ging ein komplexer Bewerbungs- und Auswahlprozess voraus, der eine räumlich weitgehend gleichmäßige Verteilung der neuen zugelassenen kommunalen Träger sicherstellte (vgl. Abb. 1).

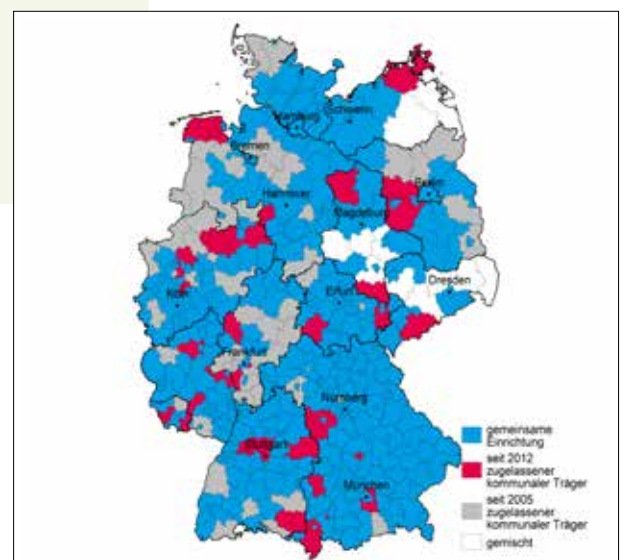


Abb. 1: Gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger in den Landkreisen und kreisfreien Städten, Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Geodaten: GeoBasis-DE / BKG 2022. Eigene Darstellung in Anlehnung an Mergele und Weber (2020).

Forschungsansatz

Für eine kausale Messung des Effekts der Organisationsform auf die Vermittlungseffizienz ist die Umwandlung der 41 Jobcenter im Jahr 2012 besonders vorteilhaft. Erstens unterliegt nur eine Teilgruppe der Jobcenter einer Änderung (Treatmentgruppe), sodass die anderen Jobcenter als Kontrollmaßstab zur Verfügung stehen (Kontrollgrup-

pe). Und zweitens unterscheiden sich die 41 umgewandelten Jobcenter auf Grund des komplexen Auswahlprozesses als Gruppe nicht systematisch von den bestehen gebliebenen gemeinsamen Einrichtungen hinsichtlich einer Vielzahl von Indikatoren in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftskraft oder Siedlungsstruktur (zu Details vgl. Mergele und Weber 2020). Es kann also davon ausgegangen, dass Treatment- und Kontrollgruppe über die Zeit gleichen Trends in den vermittlungrelevanten Rahmenbedingungen ausgesetzt waren.

Unter diesen Bedingungen identifizieren Mergele und Weber (2020) den kausalen Effekt der Organisationsform auf die Vermittlungszahl in einem Differenz-von-Differenzen-Ansatz. Dieser Ansatz bereinigt die beobachteten Unterschiede in der monatlichen Vermittlungszahl zwischen Treatment- und Kontrollgruppe um alle strukturellen Einflussfaktoren, die zwar die Vermittlungszahl beeinflussen, aber nicht auf die Organisationsform der Arbeitsvermittlung zurückgehen. Dazu berechnen Mergele und Weber (2020) zunächst den Unterschied in den durchschnittlichen Vermittlungszahlen zwischen den 2012 umgewandelten Jobcentern (Treatmentgruppe T) und den gemeinsamen Einrichtungen (Kontrollgruppe C), etwa für das Jahr 2012. Davon ziehen sie anschließend die entsprechende Differenz aus dem Jahr 2011 ab:

$$\text{Treatment-Effekt}_{2012} = (\bar{y}_{2012}^T - \bar{y}_{2012}^C) - (\bar{y}_{2011}^T - \bar{y}_{2011}^C)$$

Im Jahr 2011 waren die Jobcenter der Treatmentgruppe noch nicht umgewandelt, sondern ebenso wie die Jobcenter der Kontrollgruppe noch als „gemeinsame Einrichtungen“ organisiert. Unterschiede in den Vermittlungszahlen zwischen Treatment- und Kontrollgruppe in diesem Jahr können daher nicht der Organisationsform zugeschrieben werden, sondern reflektieren allein strukturelle Unterschiede zwischen den Kreisen. Indem die Differenz des Jahres 2011 von allen beobachteten Outcome-Unterschieden abgezogen wird, werden aus dem Treatment-Effekt alle zeitinvarianten Strukturunterschiede zwischen Treatment- und Kontrollgruppe herausgerechnet. Zusätzlich werden mittels Regressionsanalysen die Effekte von zeitvarianten Kontrollvariablen auf regionaler und ggf. individueller Ebene herausgerechnet.

Den Berechnungen liegen amtliche Makrodaten zu Arbeitslosen und freien Stellen auf Kreisebene sowie umfangreiche umfrage- und prozessproduzierte Mikrodaten auf Ebene der einzelnen Arbeitslosen zugrunde (SIAB 7514, PASS-ADIAB; vgl. Antoni et al. 2016, 2017).¹

Ergebnisse

Abbildung 2 zeigt den Effekt der Dezentralisierung von Arbeitsvermittlung auf die Vermittlungswahrscheinlichkeit. Abgetragen ist die durchschnittliche Anzahl an Vermittlungen je 1.000 Arbeitslosen und Monat der 2012 umgewandelten Jobcenter (rot) und der gemeinsamen Einrichtungen (dunkelblau) über die Zeit. In hellblau ergänzt ist die hypothetische Anzahl an Vermittlungen der umgewandelten Jobcenter für die sogenannte kontrafaktische Situation, dass diese Jobcenter 2012 nicht umgewandelt worden wären. Diese kontrafaktische Situation ergibt sich, indem die im Jahr 2011 (vor der Umwandlung) beobachteten Strukturunterschiede zwischen Treatment- und Kontrollgruppe unter der Annahme gleicher Trends in den vermittlungrelevanten Rahmenbedingungen fortgeschrieben werden. Diese Annahme erscheint, wie oben argumentiert, angesichts der durchschnittlichen gleichen Arbeitsmarktstruktur, Wirtschaftskraft und Siedlungsstruktur von Treatment- und Kontrollgruppe gerechtfertigt.

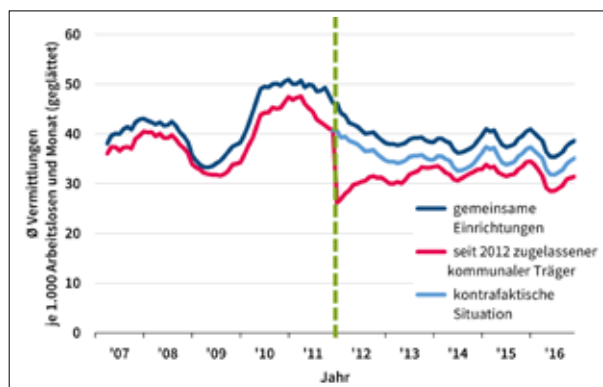


Abb. 2: Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eigene Darstellung in Anlehnung an Mergele und Weber (2020).

Zieht man nun im Sinne des Differenz-von-Differenzen-Ansatzes von den beobachteten Vermittlungsunterschieden zwischen Treatmentgruppe und Kontrollgruppe (Differenz rot zu dunkelblau) die fortgeschriebenen Strukturunterschiede (Differenz von hellblau zu dunkelblau) ab, verbleibt nur noch der Unterschied zwischen beobachteter (rot) und kontrafaktischer (hellblau) Vermittlungszahl der kommunalisierten Jobcenter. Nur dieser Unterschied kann als kausaler Treatment-Effekt der Kommunalisierung auf die Vermittlungswahrscheinlichkeit interpretiert werden.

Demnach haben die Jobcenter, in denen die Kommunen 2012 die Arbeitsvermittlung übernahmen, erheblich und dauerhaft an Vermittlungseffizienz eingebüßt. Insgesamt ging die Zahl der monatlichen Vermittlungen um rd. 10% gegenüber der kontrafaktischen Situation zurück. Dabei ist es unerheblich, ob man zusätzlich die Zahl der verfügbaren Stellen und die Zahl der Arbeitslosen, die lokale Arbeitslosenstruktur oder Vermittlungen aus Maßnahmen heraus berück-

¹ Der Datenzugang erfolgte über einen Gastaufenthalt am Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (FDZ) und anschließend mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung beim FDZ.

sichtigt oder die Effekte gar auf individueller Ebene der Arbeitslosen schätzt (zu Details vgl. Mergele und Weber 2020).

Die im Dezentralisierungstheorem unterstellten Informationsvorteile lokaler Entscheider kommen im deutschen Grundsicherungssystem demzufolge anscheinend nicht zum Tragen. Fraglich ist, woran dies liegt. Mergele und Weber (2020) zeigen mit weiteren Differenz-von-Differenzen-Schätzungen für entsprechende Ergebnisvariablen, dass die Dezentralisierung der Arbeitsvermittlung weder Anzahl noch Umfang der Beratungsgespräche, noch das Sanktionsverhalten und auch nicht die räumliche Reichweite der Vermittlungen statistisch signifikant beeinflusst hat. Es finden sich auch keine Belege dafür, dass die zugelassenen kommunalen Träger nach dem Motto „Qualität statt Quantität“ bei den Vermittlungen mehr Wert auf höher entlohnte oder längerfristige Beschäftigungsverhältnisse legen würden als die gemeinsamen Einrichtungen.

Einzig bei der Zuweisung in Beschäftigung schaffende Maßnahmen zeigt sich ein statistisch signifikanter Treatment-Effekt (vgl. Abb. 3). Dieser tritt unmittelbar nach der Umwandlung der Jobcenter auf und verbleibt anschließend über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg auf gleichbleibend hohem Niveau.

Beschäftigung schaffende Maßnahmen sind staatlich geförderte Tätigkeiten auf dem zweiten Arbeitsmarkt, zu welchen insbesondere die umgangssprachlich als „Ein-Euro-Jobs“ bezeichneten Arbeitsgelegenheiten zählen. Wissenschaftliche Evaluationen bewerten derartige Maßnahmen in vielen Fällen als wenig wirksam, um die Vermittlungswahrscheinlichkeit von Arbeitslosen zu steigern (vgl. z.B. Card et al. 2010). Für Ein-Euro-Jobs im Speziellen werden positive Beschäftigungseffekte, wenn überhaupt, eher langfristig und nur für vereinzelte Berufsfelder beobachtet (vgl. z.B. Kiesel und Wolff, 2018). Dies erklärt, weshalb nach der Dezentralisierung der Arbeitsvermittlung die Vermittlungszahlen der kommunalisierten Jobcenter unter ihr kontrafaktisches Niveau sinken.

Offen bleibt, weshalb die zugelassenen kommunalen Träger die Ein-Euro-Jobs überproportional oft nutzen. Möglicherweise überschätzen sie die Wirkungen dieser Maßnahmen oder sie schätzen die Arbeitsmarktferte von Arbeitslosen anders ein als gemeinsame Einrichtungen. Möglicherweise kommen hier aber auch institutionelle Fehlanreize zum Tragen. Ein-Euro-Jobber erbringen nämlich üblicherweise kommunale Dienstleistungen, etwa die Grünpflege im Stadtpark oder Hausmeisterarbeiten im Kulturzentrum. Normalerweise tragen die Kommunen die Kosten für derartige Aufgaben, weil diese von Beschäftigten der Kommunen oder beauftragten Drittfirmen ausgeführt werden. Werden die Aufgaben nun aber Ein-Euro-Jobbern übertragen, kann die Kommune die Kosten auf den Bund abwälzen, da der Bund für alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Grundsicherung einschließlich der Ein-Euro-Jobs weitgehend die Kosten trägt.

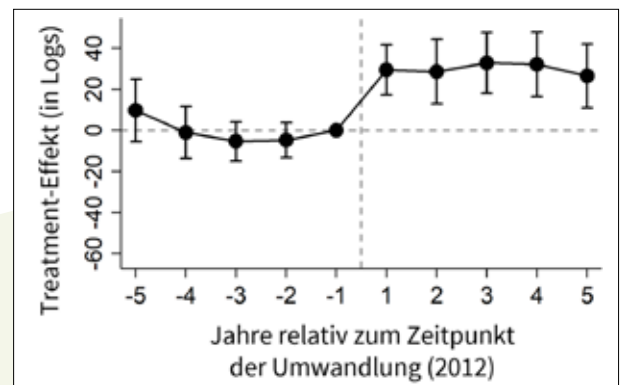


Abb. 3: Treatment-Effekt auf die Zuweisungen in Beschäftigung schaffende Maßnahmen, Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eigene Darstellung in Anlehnung an Mergele und Weber (2020).

Schlussfolgerungen

Mergele und Weber (2020) weisen anhand von Differenz-von-Differenzen-Schätzungen nach, dass diejenigen Jobcenter, die 2012 die Arbeitsvermittlung dezentralisiert haben, dauerhaft an Vermittlungseffizienz eingebüßt haben. Maßgeblich dafür ist sehr wahrscheinlich eine höhere Zahl an Zuweisungen in Ein-Euro-Jobs und andere Beschäftigung schaffende Maßnahmen, welche die Beschäftigungsfähigkeit der Maßnahmeteilnehmer zumindest kurz- und mittelfristig häufig nicht zu steigern vermögen. Die Präferenz der kommunalen Jobcenter für diese Maßnahmen könnte Ergebnis institutioneller Fehlanreize zu sein, da mittels Ein-Euro-Jobs kommunale Ausgaben potentiell auf den Bund übergewälzt werden können. In vielen anderen vermittlungrelevanten Belangen unterscheiden sich die kommunalen Jobcenter hingegen nicht von den Jobcentern mit zentralisierter Arbeitsvermittlung – insbesondere, was die Beratungs- und die Sanktionspraxis sowie die Qualität der Vermittlungen betrifft.

Soweit Fehlanreize die Entscheidungen der kommunal geführten Jobcenter beeinflussen, ließen sich diese verringern, indem die Kommunen an den Kosten der Maßnahmen etwa im Zuge einer Kofinanzierung beteiligt werden. Gleichzeitig könnten die Länder bzw. die Bundesagentur für Arbeit in ihren regelmäßig geführten Zielvereinbarungsprozessen mit den Jobcentern darauf hinwirken, dass die Jobcenter die Zuweisung von allen Maßnahmen noch stärker an den Bedürfnissen von Arbeitslosen und Arbeitsnachfrage ausrichten. Dies ist nunmehr umso wichtiger, da mit dem Übergang von „Hartz IV“ zum „Bürgergeld“ Anfang 2023 auch der Vermittlungsvorrang abgeschafft und die Weiterbildung der Arbeitsuchenden in den Vordergrund gerückt wurde.

Literatur

- Antoni, M., Dummert, S., und Trenkle, S. (2017): Pass-Befragungsdaten verknüpft mit administrativen Daten des IAB (PASS-ADIAB) 1975-2015, FDZ-Datenreport 06/2017, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.
- Antoni, M., Ganzer, A., und vom Berge, P. (2016): Stichprobe der Integrieren Arbeitsmarktbiographien (SIAB) 1975-2014, FDZ-Datenreport 04/2016, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.
- Behncke, S., Frölich, M., und Lechner, M. (2010): A Caseworker Like Me – Does The Similarity Between The Unemployed and Their Caseworkers Increase Job Placements?, *The Economic Journal*, 120 (549), S. 1430–1459.
- Besley, T., und Coate, S. (2003): Centralized versus decentralized provision of local public goods: a political economy approach, *Journal of Public Economics* 87 (12), S. 2611–2637.
- Boockmann, B., Thomsen, S., Walter, T., Göbel, C., und Huber, M. (2015): Should Welfare Administration be Centralized or Decentralized? Evidence from a Policy Experiment, *German Economic Review* 16 (1), S. 13–42.
- Brollo, F., Kaufmann, K., und La Ferrara, E. (2020): The Political Economy of Program Enforcement: Evidence from Brazil, *Journal of the European Economic Association* 18 (2), S. 750-791.
- Card, D., Kluve, J., und Weber, A. (2010): Active labour market policy evaluations: a meta-analysis. *Economic Journal* 120, S. F452–F477.
- Faguet, J.-P. (2004): Does decentralization increase government responsiveness to local needs? Evidence from Bolivia, *Journal of Public Economics* 88, S. 867–893.
- Hainmueller, J., Hofmann, B., Krug, G., und Wolf, K. (2016): Do Lower Caseloads Improve the Performance of Public Employment Services? New Evidence from German Employment Offices, *Scandinavian Journal of Economics* 118, S. 941–974.
- Kiesel, M., und Wolff, J. (2018): Langfristige Teilnahmewirkungen von Ein-Euro-Jobs: Das Einsatzfeld hat Einfluss auf die Integrationschancen, IAB-Kurzbericht 2018/08, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.
- Koning, P. (2009): The effectiveness of Public Employment Service workers in the Netherlands, *Empirical Economics* 37, S. 393–409.
- Lundin, M., und Skedinger, P. (2006): Decentralisation of active labour market policy: the case of Swedish local employment service committees, *Journal of Public Economics* 90, S. 775–798.
- Mergele, L., und Weber, M. (2020): Public employment services under decentralization: Evidence from a natural experiment, *Journal of Public Economics* 182, S. 104–113.
- Oates, W. E. (1972): *Fiscal Federalism*, Harcourt Brace Jovanovich, New York.
- Weber, E., Hausner, K.-H., und Engelhard, H. (2020): Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind 2019 leicht gestiegen, IAB-Forum 28.12.2020.
- Weber, E., Hausner, K.-H., und Engelhard, H. (2021): Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind 2020 um 11,5 Milliarden Euro gestiegen, IAB-Forum 28.12.2021.
- Weingast, B., Shepsle, K., und Johnsen, C. (1981): The Political Economy of Benefits and Costs: A Neoclassical Approach to Distributive Politics, *Journal of Political Economy* 89 (4), S. 642–664.
- ZEW, IAQ und TNS Emnid (2008): Evaluation der Experimentierklausel nach §6c SGB II – Vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung „Zugelassener kommunaler Träger“ und „Arbeitsgemeinschaft“: Untersuchungsfeld 3: „Wirkungs- und Effizienzanalyse“, Abschlussbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mannheim, Gelsenkirchen und Bielefeld.